



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

Demokratie

Peter Massing, Gotthard Breit,
Hubertus Buchstein (Hrsg.)

Demokratiethorien

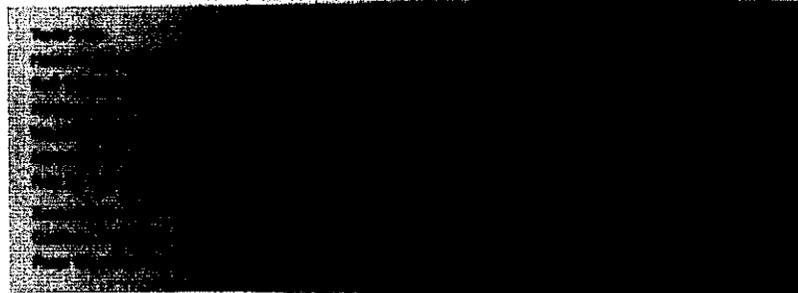
Von der Antike bis zur Gegenwart
Texte und Interpretationshilfen

Das Standardwerk, neu aufgelegt, überarbeitet und mit neuen Kommentierungen. Die Einführung stellt zentrale Demokratiethorien vor – von den Klassikern bis zur Gegenwart.

Die Autoren ordnen Ausschnitte aus Originaltexten historisch ein, analysieren und kommentieren die Texte hinsichtlich ihres ideengeschichtlichen Hintergrunds und ihrer Bedeutung für die Gegenwart.

ISBN 978-3-89974640-2, 386 S., € 19,99

„Ein sehr empfehlenswertes Standardwerk
in typischen Ausstattungsformen“



INFOSERVICE: Neuheiten für Sie

Adolf-Dameschke-Str. 10, 85 894 Schwanau

Menschenrechte in Lateinamerika

zfmr Jahrgang 5 2011 Nr. 2

Zeitschrift für menschenrechte

JOURNAL OF HUMAN RIGHTS

Menschenrechte in Lateinamerika

Thema

- **Die „slow moving“ Pathways and Social Complexity: The Human Rights Progress in Latin America**
- **„Die Zukunft der Demokratie“ als Herausforderung des Rechts – Die aktuelle Menschen-Rechtspolitik in Lateinamerika**
- **Indigenas: María Teresa Sierra: Indigenous Women's Access to Justice in Latin America**
- **„Apartheid“ in Bahia: Luísa Leite Gonçalves: Human Rights as Inclusive Exclusion? Afro-Descendants in Latin America and the Caribbean**
- **Verfahren der Brasilianische Wahrheitskommission nach zahlreichen Ermittlungen endlich ratifiziert**

Hintergrund

- **Wolfgang Greiff: Some Thoughts on the Development and Present State of Transitional Justice**
- **Veronika Haasz: Die Nationalen Menschenrechtsinstitutionen als Grundsysteme starker innerstaatlicher Rechtssysteme**
- **Armin Pfasch: Die Rolle der Menschenrechte in der EU-Handelspolitik – Eine kritische Bestandsaufnahme**
- **Ina Winkler: Die Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten – Fortschritt oder Rückschritt im Bereich der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen?**



IMPRESSUM

zeitschrift für
menschenrechte
journal for
human rights

Herausgeber: Tessa Debus | Regina Kreide | Michael Krennerich | Karsten Malowitz | Arnd Pollmann | Susanne Zwingel

Wissenschaftlicher Beirat: Zehra Arat (*Purchase College, New York*)
Heiner Bielefeldt (*Friedrich-Alexander-Univ. Erlangen-Nürnberg*)
Marianne Braig (*Freie Universität Berlin*)
Horst Fischer (*Ruhr-Universität Bochum*)
Rainer Forst (*Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.*)
Karl-Peter Fritzsche (*Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg*)
Brigitte Hamm (*Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg*)
Rainer Huhle (*Nürnberger Menschenrechtszentrum*)
Paul Martin (*Human Rights Center, Columbia University*)
Anja Mihr (*Utrecht University*)
Uta Ruppert (*Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M.*)
Rainer Schmalz-Bruns (*Leibniz Universität Hannover*)
Beate Wagner (*Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Berlin*)
Annette Zimmer (*Westfälische Wilhelms-Universität Münster*)

Redaktionsanschrift: Redaktion zeitschrift für menschenrechte, c/o Nürnberger Menschenrechtszentrum, Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg, zfmr@menschenrechte.org

Reviewverfahren: Die eingereichten Beiträge durchlaufen ein Reviewverfahren. Finanziell unterstützt wird diese Ausgabe durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Sektorvorhaben „Menschenrechte umsetzen in der Entwicklungszusammenarbeit“, das die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des BMZ durchführt.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen zwei Hefte pro Jahr. Preise: Einzelheft € 19,80; Jahresabopreis € 34,00; Sonderpreis für Referendare/Studierende (gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung): Jahresabo: € 17,00; alle Preise zzgl. Versandkosten. Kündigung: Acht Wochen (bis 31.10.) vor Jahresschluss. Bankverbindung: Postbank Frankfurt, Konto-Nr. 0003770608, BLZ: 500 100 60. Zahlungsweise: Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift; gewünschte Zahlungsweise angeben.

Erscheint im Wochenschau Verlag, Dr. Kurt Debus GmbH,
Verleger: Bernward Debus, Ursula Buch.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, Tel. 06201/340279, Fax: 06201/182599, brigitte.bell@wochenschauverlag.de

ISSN 1864-6492 ISBN 978-3-89974742-3 www.zeitschriftfuermenschenrechte.de
The journal is available at EBSCO.



**WOCHENSCHAU
VERLAG**

Wochenschau Verlag • Adolf-Damaschke-
Straße 10 • 65824 Schwalbach/Ts.
Tel: 06196/86065 • Fax: 06196/86060
info@wochenschau-verlag.de
www.wochenschau-verlag.de

INHALT

Editorial 5

Menschenrechte in Lateinamerika

Sonia Cardenas: Forking Paths and Social Complexity:
Rethinking Human Rights Progress in Latin America..... 11

Helen Ahrens: Die Zukunft als Herausforderung des Rechts –
Gedanken zur (Menschen-)Rechtspolitik in Lateinamerika..... 26

Rachel Sieder, María Teresa Sierra: Indigenous Women's Access to
Justice in Latin America 36

Sérgio Costa, Guilherme Leite Gonçalves: Human Rights as Collective
Entitlement? Afro-Descendants in Latin America and the Caribbean..... 52

Nina Schneider: Brasilianische Wahrheitskommission nach zahlreichen
Kompromissen endlich ratifiziert..... 72

Gewalt, Gedenken und Gerechtigkeit
Ein Gespräch mit dem peruanischen Philosophen Salomón Lerner Febres 88

Hintergrund

Pablo de Greiff: Some Thoughts on the Development and Present State of
Transitional Justice 98

Veronika Haász: Die Nationalen Menschenrechtsinstitutionen als
Grundsteine starker innerstaatlicher Rechtsschutzsysteme..... 130

Armin Paasch: Die Rolle der Menschenrechte in der EU-Handelspolitik –
Eine kritische Bestandsaufnahme 146

Inga Winkler: Die Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten –
Fortschritt oder Rückschritt im Bereich der menschenrechtlichen
Verantwortung von Unternehmen?..... 164

Forum

Lehren aus der Hungersnot in Afrika – und die Bedeutung der
Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit
Interview mit dem Bundesminister Dirk Niebel 184

Nina Schneider

Brasilianische Wahrheitskommission nach zahlreichen Kompromissen endlich ratifiziert

In den 1960er und 1970er Jahren wurden in nahezu allen lateinamerikanischen Ländern autoritäre Regimes installiert, mit deren Aufarbeitung der Kontinent bis zum heutigen Tag beschäftigt ist. Wenngleich sich die einzelnen Regimes in ihrem Charakter, ihrer Länge und dem Ausmaß an Gewalt stark unterschieden, so hatten sie eins gemeinsam: Sie installierten illegale Repressionsapparate, welche politische Oppositionsgruppen verfolgten, ins Exil trieben, einsperrten, folterten und im schlimmsten Fall „verschwinden ließen“. Die Legitimation für diese vom Staat begangenen Menschenrechtsverbrechen lieferte die länderübergreifende Militärstrategie der „nationalen Sicherheitsdoktrin“. Hatte sich die militärische Aufmerksamkeit zuvor dem „äußeren Feind“ gewidmet, einem Angriffskrieg durch eine fremde Nation, so bekämpften die Militärs fortan den „inneren Feind“: „Kommunisten“, „Sozialisten“ und „Subversive“, dem historischen Kontext des Kalten Krieges gemäß (Pereira 2005: 37-61). Auf den Straßen von Buenos Aires, São Paulo und Santiago de Chile brachten Agenten der Repressionsorgane tausende von Menschen heimlich ums Leben, ließen sie spurlos „verschwinden“. Viele dieser Fälle wurden bis heute nicht aufgeklärt.

Betrachtet man die Transitionsprozesse in Lateinamerika insgesamt, so haben die meisten Länder mittlerweile entweder Wahrheitskommissionen eingerichtet oder Menschenrechtsverbrecher verurteilt, häufig sogar beides (Heinz 2008, Brito 2001, Sikkink/Walling 2006).¹ Das einzige postautoritäre Land des Kontinents, welches bislang weder eine Wahrheitskommission installiert noch Verurteilungen angestrebt hat, ist Brasilien. Brasilien hat sich damit nicht nur einer lateinamerikanischen, sondern seit den 1990er und 2000er Jahren zunehmend globalen Entwicklung widersetzt, für vergangene Menschenrechtsverbrechen Rechenschaft abzulegen – von Ellen Lutz und Kathryn Sikkink (2001: 1) auch die sogenannte „Gerechtigkeits“- oder „Justizwelle“ (*justice cascade*) genannt. Kaum ein postautoritäres Land in Lateinamerika hat sich dieser weltweiten Entwicklung so sehr widersetzt wie Brasilien.

1 In Argentinien (1984), Bolivien (1984), Chile (1991, 2004), Ecuador (1997, 2007), Haiti (1996), Panama (2002), Paraguay (2003), Peru (2003) und Uruguay (1985, 2000) wurden bereits offizielle Wahrheitskommissionen eingerichtet. In El Salvador (1993) und Guatemala (1999) wurden Wahrheitskommissionen unter der Leitung der Vereinten Nationen installiert (Heinz 2008: 56).

Erst im September 2011 – 26 Jahre nach der formellen Rückkehr zur Demokratie – hat das brasilianische Parlament nach zähen Verhandlungen der Einrichtung einer Wahrheitskommission zugestimmt. Das nun verabschiedete Modell ist eine politisch entschärfte Kompromisslösung. Wichtige Forderungen von Opferfamilien und Menschenrechtsverbänden – insbesondere die Möglichkeit, Menschenrechtsverbrecher zu bestrafen – bleiben nicht nur unberücksichtigt, sondern eine erneute Debatte über die Einzelheiten der Wahrheitskommission wurde von der Rousseff-Regierung abgewürgt. Nach monatelanger Lobbyarbeit wurde das Gesetz im Eilverfahren durch das Parlament gejagt, um den schwer errungenen Konsens ja nicht zu gefährden (Agência Câmara 2011a, b).

Nachdem das fünftgrößte Land der Erde die Militärdiktatur jahrzehntelang systematisch verdrängt hat, fängt nun auch in Brasilien die Aufarbeitung an. Sowohl die jüngste Krise um die geplante Wahrheitskommission als auch die Bekräftigung der Straffreiheit im Jahr 2010 verdeutlichen, dass der Kampf um die Deutungshoheit der brasilianischen Diktatur erneut entbrannt ist. Dieser Artikel erklärt den Hintergrund der schwer umkämpften Wahrheitskommission und wirft die Frage auf, warum sich Brasiliens Umgang mit der Militärvergangenheit so stark von dem seiner Nachbarländer unterscheidet. Angesichts der globalen Entwicklung für Menschenrechtsverbrechen Rechenschaft abzulegen, ist es erklärungsbedürftig, dass sich Brasilien so stark der sogenannten „Gerechtigkeitswelle“ widersetzt. Zwar werden in der Forschungsliteratur (Britto 2001: 125 f., 142; Pereira 2005: 161 ff.) einige wichtige Faktoren genannt, jedoch können sie Brasiliens Sonderstellung in der Aufarbeitung nicht hinreichend erklären (Schneider 2011b: 45 f.).

Die mittlerweile ratifizierte Wahrheitskommission, welche zwei Jahre lang Menschenrechtsverbrechen aufklären und in einem abschließenden Bericht Empfehlungen aussprechen wird, könnte ein Wendepunkt in der Aufarbeitungsgeschichte Brasiliens werden. Allerdings deuten die kontroversen Debatten im Vorfeld der Ratifizierung bereits darauf hin, dass harte Auseinandersetzungen über die Militärvergangenheit bevorstehen. Der Gesetzesentwurf ist nur deshalb ratifiziert worden, weil er inhaltlich bereits politisch entschärft wurde, die Rousseff-Regierung monatelang geschickte Lobbyarbeit leistete und das Gesetz in einem Eilverfahren verabschieden ließ, um einen Konsens zu erreichen. Während die Aufarbeitungsgeschichte Argentiniens, Chiles und Uruguays sowohl in der internationalen (Britto 2001; Sznajder/Roniger 2007; Fico/Ferreira/Araújo/Quadrat 2008) als auch der deutschen Forschung (Hufschmid/Krämer/Gabbert 2008; Fuchs 2010; Ruderer 2010) untersucht wurde, leistet dieser Artikel einen Beitrag zum kaum bekannten Sonderfall Brasilien.

Die staatliche Verdrängungspolitik seit 1985

Seit der Rückkehr zur formellen Demokratie im Jahr 1985 ist die Militärvergangenheit sowohl juristisch als auch politisch verschwiegen worden. Juristisch wurde sie durch das vom Regime selbst proklamierte Amnestiegesetz von 1979 verschwiegen, welches jüngst vom brasilianischen Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Das Amnestiegesetz von 1979 schließt eine Bestrafung von Menschenrechtsverbrechern innerhalb des Staatsapparates prinzipiell aus. Im Oktober 2008 reichte die Brasilianische Richtervereinigung (OAB) Klage gegen das Amnestiegesetz beim Verfassungsgericht ein. Die OAB (2008: 13-19, 29) argumentierte, dass Folter keine „politische“ sondern eine „gemeine“ Straftat darstelle. Ferner sei die Amnestie keinesfalls „bilateral“, wie immerzu behauptet würde, da Straftäter der Repressionsorgane volle Amnestie genießen würden, nicht aber ehemalige Guerillakämpfer (Schneider 2011b). Im Kern forderte die OAB, dass sich der brasilianische Staat endlich dazu bekenne, dass „Staatsterror“ – also eine systematische Repressionspolitik von Seiten des Staates – betrieben worden sei.

Die Argumente der OAB überzeugten die Richter des brasilianischen Bundesverfassungsgerichts nicht. Am 28./29. April 2010 wurde die Klage mit sieben zu zwei Stimmen abgelehnt (Schneider 2011b) – ganz im Gegensatz zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Uruguay im November 2010, welches das dortige Amnestiegesetz für illegal erklärte (Folha Online 2010a, b). Das brasilianische Urteil löste bei nationalen und internationalen Menschenrechtsaktivisten Empörung aus (Bocchini 2010). Fernando Mariña Menendez vom UN-Komitee gegen Folter bezeichnete es als einen „unglaublichen Affront“ und „eine Art von Persilschein (*autoperdão*)“, wie ihn das 21. Jahrhundert nicht mehr akzeptieren könne (Chade 2010). Brasilien isoliere sich zunehmend selbst, sei es doch das einzige lateinamerikanische Land, welches sich noch immer dagegen wehre, Verbrechern den Prozess zu machen. Seit zehn Jahren haben die Vereinten Nationen die brasilianische Regierung dazu aufgefordert, das Amnestiegesetz zu verändern (Chade 2010).

Politisch wurde die Aufarbeitung der Diktatur dadurch verhindert, dass Politiker erstens die Bereitstellung von Archivmaterial behinderten und zweitens bisher keine Wahrheitskommission einrichteten, um die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur systematisch aufzuklären. Im Jahr 2002 verlängerte der damalige Präsident Fernando Henrique Cardoso aus nach wie vor schleierhaften Gründen die Verschlusszeiten von staatlichen Dokumenten auf bis zu 100 Jahre (Costa 2008: 23 f.; Fico 2004: 126).

DER KAMPF UM DIE WAHRHEITSKOMMISSION

Während in den meisten postautoritären Ländern Lateinamerikas bereits Wahrheitskommissionen eingerichtet wurden, führte in Brasilien allein der Vorschlag zu einer Regierungskrise (Schneider 2011c). Als der damals amtierende Präsident Luiz Inácio Lula da Silva am 21. Dezember 2009 das sogenannte Dritte Nationale Menschenrechtsprogramm (PNDH-3 2010) unterzeichnete, dessen Kernpunkt der Vorschlag bildet, eine Wahrheitskommission zu gründen, drohten ihm der damalige Verteidigungsminister Nelson Jobim und die Militärführer der drei Streitkräfte damit, ihr Entlassungsgesuch einzureichen, falls der Text des Programmes nicht geändert werden würde (Éboli 2009: 4; Agência Brasil 2010). Präsident Lula fügte sich dem militärischen Druck und ließ den Gesetzestext bearbeiten (Nossa 2010). Dieser Erpressungsversuch verdeutlicht sowohl die nach wie vor mächtige Stellung der Militärs im zeitgenössischen Brasilien als auch die Schwächen des demokratischen Systems.

Der Vorschlag für die Wahrheitskommission wurde damit bereits am Anfang politisch abgeschwächt, noch ehe er im brasilianischen Kongress diskutiert werden konnte. Der ursprüngliche Charakter der Kommission wurde massiv verändert, indem die Rolle des Staates während der Diktatur maßgeblich umgedeutet wurde: Während im Originalvorschlag von Menschenrechtsverletzungen „im Kontext von politischer Repression“ die Rede war, ersetzte ein Zusatzdekret diesen Passus mit der Formulierung „in einem Kontext des politischen Konflikts“ (Agência Brasil/O Globo 2010). Um welche Menschenrechtsverbrecher es sich handelt, ob um Agenten der staatlichen Repressionsorgane oder der militanten Opposition, bleibt damit unklar. Diese unscheinbare Veränderung bedeutet im Klartext, dass der brasilianische Staat noch immer nicht explizit anerkennt, dass er zwischen 1964 und 1985 eine Politik der systematischen Gewalt betrieb. Der Staat führt sie fort wie bisher – eine Politik des Leugnens staatlicher Repression.

EINE BILANZ

Es wäre jedoch auch falsch zu behaupten, der Staat hätte seit 1985 gar keine Schritte für die Opfer von Menschenrechtsverbrechen unternommen. Auf massiven Druck von Opferverbänden und Menschenrechtsorganisationen erließ die Fernando-Henrique-Cardoso-Regierung 1995 ein Gesetz, welches den bislang wichtigsten Schritt zur Aufarbeitung markiert; es erkannte erstmals offiziell an, dass der brasilianische Staat für den Tod von 136 Bürgern die Verantwortung trägt und sprach das Recht auf Entschädigungszahlungen aus (SEDH 2007: 17, 20 f., 48). Zudem wurde eine

Spezialkommission (*Comissão Especial Sobre Mortos e Desaparecidos Políticos*, CEMDP) installiert, die erste staatlich organisierte Aufklärungskommission (Catela 1998: 299 f.). Dennoch war auch das Gesetz von 1995 nur ein minimales Zugeständnis. In der Praxis wurde die Arbeit der Kommission eher behindert als unterstützt und die Beweislast für die Reparationen lag bei den Opferfamilien, denen jedoch der Zugang zu Dokumenten verwehrt wurde (SEDH 2007: 33-36).

Insgesamt sieht die Aufarbeitungsbilanz nicht zuletzt aufgrund der politisch entschärften Wahrheitskommission und der erneuten Bestätigung der Amnestie düftig aus. Der Begriff „politische Repression“ ist nach wie vor tabu: Er wurde nach massiven Protesten aus dem PNDH-3 gestrichen und das Bundesverfassungsgericht lehnte es ab, ehemalige Staatsbedienstete, welche in Menschenrechtsverbrechen involviert waren, als „Staatsterroristen“ zu bezeichnen – eine Entscheidung, welche die volle Amnestie für ehemalige Straftäter aufgehoben und somit Prozesse ermöglicht hätte.

Viele Menschenrechtsaktivisten betrachten die Wahrheitskommission als Ablenkungsmanöver, um Verurteilungen zu umgehen. Im Dezember 2011 hatte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) Brasilien für die Verschleppung und Ermordung von ehemaligen Guerillamitgliedern in der Araguaia-Region verurteilt. Der IACHR kritisierte die Straffreiheit der Täter und focht das Amnestiegesetz von 1979 an, welches just vom brasilianischen Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Bislang hat die Regierung Rousseff dieses Gerichtsurteil ignoriert. Vor diesem Hintergrund bezeichnete Fábio Comparato, Rechtsprofessor an der Universität São Paulo, die Wahrheitskommission als einen „Täuschungsversuch“: „Alles wird auf die brasilianische Art (*à brasileira*) geregelt, mit augenscheinlicher Ehrlichkeit und guter Absicht, aber in Wahrheit werden die fundamentalen Rechtsprinzipien gebrochen und die Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte“ (Canuto 2011).

Gründe für Brasiliens Sonderweg

Angesichts der lateinamerikanischen und darüber hinaus sogar globalen Tendenz, Menschenrechtsverbrecher zunehmend zur Rechenschaft zu ziehen, stellt sich damit die Frage, wieso die Aufarbeitung in Brasilien unterschiedlich verlaufen ist. Insbesondere von der Lula-Regierung (2002-2010) hätte man erwartet, dass die militärische Vergangenheit endlich aufgearbeitet würde. Lula war nicht nur einer der wichtigsten Oppositionsführer, sondern viele Mitglieder seines Kabinetts waren aktiv am Guerillakampf beteiligt. Laut Maria Celina D'Araújo (2010) hatten 49 Prozent der Minister

beider Lula-Regierungen „Erfahrungen im politischen Untergrund“. Auch Brasiliens neue Präsidentin, Dilma Rousseff, war in mehreren regimiekritischen Guerillagruppen aktiv und wurde während ihres dreijährigen Gefängnisarrestes Opfer von Folter. Einzelne Minister wie Menschenrechtsminister Paulo Vannuchi haben auch durchaus versucht, die Erinnerungspolitik zu verändern (Schneider 2011a), allerdings hat er dafür herbe Rückschläge erlitten, wie der Kampf um den Gesetzestext der Wahrheitskommission illustriert. Welche historischen Ereignisse können diese Sonderstellung erklären?

BESONDERHEITEN DER BRASILIANISCHEN DIKTATUR

Vergleicht man das brasilianische Regime mit anderen autoritären Staaten in Lateinamerika, so fallen einige Spezifika der brasilianischen Diktatur ins Auge; erstens seine pseudodemokratische Natur und zweitens der lange Transitionsprozess zur Demokratie. Mit pseudodemokratischer Natur bezeichne ich eine zentrale Legitimierungsstrategie des brasilianischen Regimes, einen demokratischen Anschein zu erwecken. Diese Taktik führte permanent zu paradoxen Situationen (Aquino 2000: 275; Smith 1997: 187), welche sich übrigens bis in die heutigen Deutungskämpfe hineinziehen. Im Kontrast zu Argentinien und Chile wurden demokratische Prozedere und Institutionen in Brasilien beibehalten, jedoch manipuliert. Wahlen fanden zwischen 1964 und 1985 zwar statt, jedoch wurden die Ergebnisse verfälscht und das Wahlsystem wiederholt zugunsten der Regierungspartei manipuliert (Alves 1988: 150). Auch der Kongress bestand während der Diktatur formal weiter, allerdings wurde er zum Marionettenparlament herabgestuft und sowohl 1968 als auch 1977 sogar kurzzeitig abgesetzt (ebd.: 149 f.).

Trotz dieser eindeutig diktatorischen Regierungsweise bemühte sich die offizielle Propaganda darum, das Regime als demokratisch zu verkaufen, indem es wiederholt auf die Gewaltenteilung verwies, welche in der Tat im autoritären Chile und Argentinien außer Kraft gesetzt war. Selbst die willkürliche Zusatzgesetzgebung – die sogenannten Institutionellen Akte – berief sich auf die „Verteidigung“ oder gar „Perfektionierung“ der Demokratie (Fico 2004: 343). Dieser pseudodemokratische Legitimierungsanspruch erklärt auch, warum es in Brasilien keinen alleinstehenden Diktator gab wie etwa Augusto Pinochet in Chile. Die brasilianischen „Diktatoren“ wechselten sich ab und waren in der Regel vom militärischen Sicherheitsrat kontrollierte Präsidenten. Einige Historiker ziehen es deshalb auch vor, von einem Militärregime statt einer Diktatur zu sprechen.

Ein weiterer bedeutsamer Unterschied zu anderen Regimes ist die Zahl der geschätzten Todesopfer, welche in Brasilien sehr viel niedriger lag als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Während man in Argentinien von 10 000 bis 30 000

Todesopfern und in Chile von zwischen 3 000 und 10 000 spricht (Pereira 2005: 21), ist im offiziellen Bericht der brasilianischen Spezialkommission (SEDH 2007: 32 f.) von 474 Todesopfern die Rede. Insgesamt waren also in Argentinien und Chile viel mehr Bürger direkt von der Gewalt des Unrechtsstaats betroffen, so dass der Wunsch nach Aufarbeitung dort stärker war.

UNTERSCHIEDLICHE TRANSITIONSPROZESSE

Neben der unterschiedlichen Natur des Regimes war ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der schleppende Transitionsprozess Brasiliens, welcher zu einem vergleichsweise positiven Bild des Unrechtregimes beitrug. Brasiliens Demokratisierung steht in scharfem Gegensatz zu Argentinien, wo das Regime aus militärischen Gründen – der Falkland/Malvinas-Krieg mit England war verloren – und aufgrund der desolaten Wirtschaftslage wortwörtlich kollabierte (Hagopian 1993: 468). In Brasilien hingegen wurde das Regime mit dem sogenannten brasilianischen Wirtschaftswunder legitimiert, einer Phase herausragenden Wachstums (1968-1973). Während es korrekt ist, dass die wirtschaftlichen Wachstumsraten auf einem historischen Höhepunkt waren, so verheimlicht der Mythos Wirtschaftswunder, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Wahrheit massiv verstärkt wurde. Dieser Mythos, welcher im öffentlichen Diskurs auch heute noch verbreitet ist, hat stark zu einer positiven Bilanz des Regimes beigetragen (Draibe 1994: 271 ff.).

Ein weiterer Grund für die andersartige Aufarbeitung in Brasilien ist die Rolle des Militärs, welches vergleichsweise stark aus dem Transitionsprozess hervorging. Wie viel Macht die brasilianische Armee seit 1985 hat, wird unter Forschern noch debattiert (Schneider 2011d: 650), aber dass das Militär noch beträchtlichen Einfluss hat, wurde im Dezember 2009 bestätigt, als es Lula erfolgreich dazu zwang, die Wahrheitskommission zu verändern. Während die Armee in Brasilien beträchtliche Kontrolle über die Regierungsrbeit behalten zu haben scheint, haben Politiker in Argentinien Militärführer wiederholt öffentlich kritisiert (Catela 2008: 183).

NICHT NUR DER STAAT SCHWEIGT, AUCH DIE GESELLSCHAFT

Obgleich zahlreiche Akteure des Staates – die Zivilregierungen seit 1985, das Militär, das Bundesverfassungsgericht – zum fehlenden Aufarbeitungswillen beigetragen haben, wäre es zu kurz gegriffen, einzig den Staat für die untersagte Vergangenheitsbewältigung verantwortlich zu machen. Obgleich der Staat, wie es die Brasilianistin Kathryn Hochstetler (1997: 15) einmal formulierte, nach wie vor „der Akteur mit den meisten Ressourcen“ in Brasilien ist, so stünde hinter einer staatzentrierten Erklärung erstens

ein sehr eliteorientiertes Verständnis von Politik und zweitens ist es empirisch belegt, dass Zivilproteste auch in anderen lateinamerikanischen Ländern ein wesentlicher Antrieb für den Umdenkungsprozess waren.

Die Soziologin Elizabeth Jelin (1994: 38 f., 2008: 344 ff.) hat in ihrer Forschung mehrfach betont, dass die Aufarbeitung in Argentinien ein sukzessiver Prozess war. Die *madres de la Plaza de Mayo* – heute ein globales Symbol des Protestes gegen Staatsterror und Menschenrechtsverbrechen – waren in den 1980er Jahren zunächst Außenseiter gewesen. Einige von ihnen, dies sollte nicht vergessen werden, wurden sogar ermordet (Payne 2006: 75 ff.). Die aktive Mobilisierung der argentinischen Bevölkerung hat also entscheidend dazu beigetragen, dass Menschenrechte ein „Gründungselement der neugeborenen politischen Demokratie“ wurden (Jelin 2008: 347). In zahlreichen anderen lateinamerikanischen Ländern waren zwar Opfer- und Menschenrechtsverbände aktiv, jedoch ist es in der Regel nicht zu einer vergleichbaren Mobilisierung der Zivilbevölkerung gekommen. Ähnlich wie in Chile, wo in einer Volksbefragung 1989 noch 43 Prozent dem Pinochet-Regime zugestimmt haben, ist die öffentliche Meinung in Brasilien nach wie vor darüber gespalten, wie die Militärvergangenheit aufgearbeitet werden soll (Araújo/Castro 1994: 15; Schneider 2011a: 204 f.). Meinungsumfragen bestätigen eine ambivalente, häufig sogar positive Meinung über das Regime. Im März 1994 veröffentlichte die Tageszeitung *Folha de S. Paulo* Umfrageergebnisse, denen zufolge 70 Prozent der insgesamt 6 720 Befragten glaubten, die Wirtschaftslage hätte sich im Vergleich zur Diktatur verschlechtert (Souza 2009). Auch die politische Situation wurde trotz der Rückkehr zur Demokratie von 55 Prozent der Befragten als schlechter eingeschätzt.

WARUM SCHWEIGT DIE GESELLSCHAFT?

Um Brasiliens Sonderrolle zu analysieren, lautet daher eine zentrale Frage: Warum fordern so wenige Brasilianer die Auseinandersetzung mit dem Militärregime? Diese zugegebene komplexe Frage ist in der Forschung bislang zu wenig bearbeitet worden. Ein möglicher Grund für das Schweigen liegt darin, dass der Repressionsapparat zwar systematisch, aber selektiv vorging und das Leben vieler Brasilianer nicht unmittelbar beeinflusste. Der Repressionsapparat, die sogenannten *Centros de Defesa Interna* (= *Departamento de Ordem Interna* (Codi-Dois; in der Literatur auch Doi-Codis genannt), arbeitete zwar systematisch, aber in der Regel selektiv. Die meisten Opfer waren zwischen 14 und 25 Jahren jung, entstammten der städtischen Mittelschicht und gehörten politischen Bewegungen an, welche größtenteils eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft aufbauen wollten (Abreu 1998: 14). Zudem konnte die

militante Opposition während des Regimes nicht auf die breite Unterstützung der Bevölkerung zählen (Aarão Reis 2004: 50), womöglich, weil diese sozialrevolutionäre Ideen ablehnte und um ihre Besitzverhältnisse bangte. Es scheint, als hätten es weite Teile der Bevölkerung für legitim befunden, dass der Staat gegen „Sozialisten“ und „Kommunisten“ – wie es die Propaganda des Kalten Kriegs weismachte – mit Gewalt vorzugehen. Eine schlüssige Hypothese lautet daher: Das gesamtgesellschaftliche Desinteresse spiegelt Vorbehalte gegen „Kommunisten“ und „Sozialisten“ wider und reproduziert die Propaganda der „roten Gefahr“ aus der Zeit des Kalten Krieges.

Der Philosoph Edson Teles von der Universität São Paulo argumentiert, dass viele noch glaubten, nur Brasilianer mit „falschen“ (also sozialrevolutionären) politischen Vorstellungen seien gefoltert worden (Teles 2009: 590). Hiernach sei es weit verbreitet, dass Menschenrechte nicht allgemeingültig seien und jedem zuständen, sondern Menschen mit „feindlichen“ ideologisch-politischen Anschauungen („Kommunisten“, „Sozialisten“, „Subversive“) davon ausgeschlossen seien. Teles, der selbst als Kind Opfer der Repressionsorgane wurde, fordert daher, dass die gesamte brasilianische Gesellschaft Verantwortung für das Geschehene auf sich nehmen müsse.

Die brasilianischen Historiker Daniel Aarão Reis (2004) und Denise Rollemberg (2009) plädieren dafür, endlich die Kollaboration weiter Teile der Bevölkerung während der Diktatur zu thematisieren und den gefälligen Diskurs des „Widerstandes“ aufzugeben. Sie kritisieren, dass viele ehemalige Mitglieder der linken Regimeopposition in ihren Erinnerungsdiskursen behaupten, sie haben „Widerstand“ gegen den übermächtigen Unterdrückerstaat geleistet, um die „Demokratie“ zu verteidigen. Aarão Reis (2004: 50), selbst ein ehemaliges Guerrillamitglied, argumentiert, dass der Diskurs der linken bewaffneten Opposition (*luta armada*) das tatsächliche Ziel der damaligen Bewegung unterschläge: das „revolutionäre Reformprojekt“. Zudem merkt Aarão Reis (2004: 50) zynisch an, dass seit dem Ende des Regimes zahlreiche Kollaborateure auf einmal beteuerten, sie hätten Widerstand geleistet. Denise Rollemberg (2009: 569 ff.) schließt sich dieser Kritik an und plädiert dafür, den Schwerpunkt nicht länger auf den repressiven Staat und „Widerstand“ zu legen, sondern das ganze Ausmaß an zivilgesellschaftlicher Kollaboration zu untersuchen. Auch Rollemberg wirft die Frage auf, warum die Mehrheit der politischen Linken die breite gesellschaftliche Unterstützung für das Regime leugnet. Schließlich könne sich ein autoritäres Regime nicht durch Terror allein 21 Jahre lang an der Macht halten. Die brasilianische Verdrängungskultur könnte somit auch ein gesamtgesellschaftlicher Schutzmechanismus sein, um sich nicht mit der Frage der Kollaboration auseinandersetzen zu müssen.

Was die Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen betrifft, scheint in Brasilien

die politische Kultur, auf die Straße zu gehen und aktive gesellschaftliche Forderungen zu stellen, geringer ausgeprägt als in der argentinischen oder uruguayischen Gesellschaft. Intellektuelle haben das „Schweigen“ der Zivilgesellschaft damit begründet, dass eine ganze Generation kritisch denkender, politisch engagierter Bürger ausgelöscht worden sei (Soares/Araújo 1994: 2). Das Regime in Brasilien war mit 21 Jahren eines der längsten in Lateinamerika. Im Gegensatz dazu haben andere Forscher (Kingstone/Power 2000: 261) jedoch darauf verwiesen, dass sich Brasilianer sowohl während der Kampagne für direkte Präsidentschaftswahlen 1982/1983 als auch gegen den korrupten Ex-Präsidenten Collor 1992 sehr wohl politisch organisiert haben und dass der Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen in Brasilien stark zunehme (Montero 2005: 96). Die Hypothese, dass die brasilianische Gesellschaft wenig politisiert sei, muss somit künftig noch genauer untersucht werden (Schneider 2011b: 45 f.).

Warum so wenige Brasilianer eine Auseinandersetzung mit dem Militärregime fordern, bleibt somit eine zentrale Forschungsfrage. Dieser Beitrag hat hierzu mehrere Hypothesen diskutiert: Die Gesellschaft fürchtet eine Diskussion über das Thema Kollaboration; die Propaganda des Kalten Krieges wird reproduziert, indem „Kommunisten“ von den allgemeingültigen Menschenrechten ausgeschlossen werden; die politische Kultur des Protestes ist in Brasilien aufgrund seiner Geschichte der politischen und sozialen Repression vergleichsweise wenig ausgeprägt.

Wandel durch die Wahrheitskommission? Ein Ausblick

Brasiliens fehlender Wille, die Militärvergangenheit aktiv aufzuarbeiten, ist sowohl durch den Streit um die Wahrheitskommission als auch das Bundesverfassungsgerichtsurteil zugunsten des Amnestiegesetzes bestätigt worden. Obwohl die Vergangenheitsbewältigung in allen lateinamerikanischen Ländern einschließlich Argentinien ein schrittweiser und konfliktreicher Prozess war, isoliert sich Brasilien, wie UN-Kommissionsmitglied Menendez bemerkt hat, immer stärker (Chade 2010). Neben dem Bundesverfassungsgericht haben weitere Akteure eine Kultur des Verdrängens reproduziert: die Zivilregierungen seit 1985 und das Militär, aber auch weite Teile der brasilianischen Bevölkerung. Zwar hat sich die Erinnerungspolitik des Staates in den letzten fünf Jahren verändert (Schneider 2011a), jedoch haben die Akteure, die diesen Wandlungsprozess vorangetrieben haben, herbe Rückschläge hinnehmen müssen. Es scheint, als hätte dieser Schritt vorwärts zwei Schritte zurückgeführt. Der verunglückte Start der Wahrheitskommission ist hier nur ein Beispiel von vielen. Die Widerstände gegen die Wahrheitskommission haben dazu geführt, dass der Gesetzes-

text massiv verändert, der ehemalige Menschenrechtsminister Vannuchi ersetzt und der Gesetzgebungsprozess stark verlangsamt wurde. Die Rouseff-Regierung musste monatelang beim Parlament und den politischen Parteien für die Zustimmung zum Gesetz werben. Erneute Diskussionen über die Details der Wahrheitskommission von Seiten sowohl der Opferfamilien als auch von Regime-Nostalgikern des rechten politischen Spektrums wurden mittels einer Eilabstimmung von der Regierung abgewürgt (Agência Câmara 2010b).

Viele Opferfamilien sind mit der nun ratifizierten Version der Wahrheitskommission unzufrieden. Sie kritisieren, dass es keine Möglichkeit gibt, Verbrecher zu verurteilen, dass die Kommission mit sieben Mitgliedern zu klein sei, und dass der nun ausgewählte Zeitraum (1946-1988) zu weit gefasst sei (Agência Câmara 2010a). Maria Amélia Teles von der Kommission der Familien der Getöteten politischen Aktivisten (CEMDP) ist enttäuscht, dass die Regierung jegliche Diskussion über Alternativen unterband: „Brasilien ist das letzte Land, welches eine Wahrheitskommission einrichtet und leider ist es die schlechteste von allen“ (Jinkings 2011).

Während andere postautoritäre Länder in Lateinamerika die Menschenrechtsverletzungen durch den Militärstaat klar verurteilt haben, gehen die Kämpfe über die Militärvergangenheit in Brasilien nicht nur weiter, sondern fangen nach Jahrzehnten der Verdrängung erst richtig an. Ob die Wahrheitskommission eine Institution wird, die Menschenrechte effektiv stärkt, oder nur ein pro-forma Instrument, welches internationale Menschenrechtsforderungen minimal befriedigt, muss sich erst noch zeigen. Jedoch ist es wahrscheinlich, dass die Unzufriedenheit über das nun ratifizierte Modell auch in Zukunft nicht abklingen wird. Das Ergebnis wird stark von den ernannten Kommissionsmitgliedern und deren Akzeptanz abhängen. Zudem bleibt abzuwarten, wie die Medien und die Bevölkerung zu der Arbeit der Kommission stehen werden.

Wenn die Wahrheitskommission ihre Arbeit im Jahr 2012 aufnehmen sollte, so werden sich die Blicke der Welt im Jahr 2014 – 50 Jahre nach dem Militärputsch in Brasilien – nicht nur auf die Fußballweltmeisterschaft in Rio richten, sondern auch auf den Abschlussbericht der Wahrheitskommission. Wenngleich es sich vorerst um eine Kompromisslösung handelt, so könnte die Wahrheitskommission noch zum entscheidenden Wendepunkt in der Auseinandersetzung über die Militärvergangenheit in Brasilien werden.

Quellen

- Brasilianische Richtervereinigung (Ordem dos Advogados, OAB) 2008: Arguição de descumprimento de preceito fundamental [Bundesverfassungsklage], <http://redir.stf.jus.br/paginador/paginador.js?p?docTP=TP&docID=330654#PETI%C3%87%C3%83O%20INICIAL>, Stand: 10. Mai 2010.
- PNDH-3 2010: Plano Nacional de Direitos Humanos 3, <http://portal.mj.gov.br/sedh/pndh3/pndh3.pdf>, Stand: 10. Juni 2010.
- Secretaria Especial dos Direitos Humanos (SEDH) 2007: Direito à memória e à verdade: comissão especial sobre mortos e desaparecidos políticos, http://www.presidencia.gov.br/estrutura_presidencia/sedh/mortosedesap/id_livro/, Stand: 11. November 2009.

Literatur

- Aarão Reis, Daniel 2004: Ditadura e sociedade: as reconstruções da memória, in: Aarão Reis, Daniel/Ridenti, Marcelo/Sá Motta, Rodrigo. P. (eds.): O golpe e a ditadura militar: 40 anos depois (1964-2004), Bauru: EDUSC, 29-52.
- Agência Brasil 2010: Governo deve alterar proposta de comissão da verdade sobre episódios da ditadura militar, <http://www.agenciabrasil.gov.br/noticias/2009/12/30/materia.2009-12-30.1811332565/view>, Stand: 6. Januar 2010.
- Agência Brasil/O Globo 2010: Lula cancela reunião com Jobim, em meio a polémica sobre programa de direitos humanos, <http://oglobo.globo.com/pais/mat/2010/01/12/lula-cancela-reuniao-com-jobim-em-meio-polemica-sobre-programa-de-direitos-humanos-915507921.asp>, Stand: 22. Mai 2010.
- Agência Câmara 2010a: Deputados divergem sobre a criação da Comissão da Verdade, <http://www2.camara.gov.br/agencia/noticias/DIREITOS-HUMANOS/191807-DEPUTADOS-DIVERGEM-SOBRE-CRIACAO-DA-COMISSAO-DA-VERDADE.html>, Stand: 14. Dezember 2010.
- Agência Câmara 2011b: Plenário aprova urgência para projeto que cria comissão da verdade, <http://www2.camara.gov.br/agencia/noticias/POLITICA/202954-PLENARIO-APROVA-URGENCIA-PARA-PROJETO-QUE-CRIA-COMISSAO-DA-VERDADE.html>, Stand: 21. September 2011.
- Abreu, Alzira A. de 1998: Os anos de chumbo: memória da guerrilha, in: Moraes Ferreira, Marieta (ed.): Entre-vistas: abordagens e usos da história oral, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 14-32.
- Alves, Maria. H. M. 1985: State and Opposition in Military Brazil. Austin: University of Texas Press.
- Aquino, Maria A. 2000: A especificidade do regime militar brasileiro: abordagem teórica e exercício empírico, in: Aarão Reis, Daniel (ed.): Intelectuais, história e política: séculos XIX e XX, Rio de Janeiro: Viveiros de Castro, 271-289.
- Araújo, Maria Celina de 2010: Os ministros da nova república: notas para entender a democratização do poder executivo, <http://cpdoc.fgv.br/artigos/>, Stand: 10. Januar 2010.
- Bocchini, B. 2010: Manifestação pede condenação de torturadores, http://agenciabrasil.etc.com.br/home/-/journal_content/56/19523/954846, Stand: 14. Juni 2010.
- Brito, Alexandra Barahona de 2001: Truth, Justice, Memory, and Democratization in the Southern Cone, in: Brito, Alexandra Barahona de/González-Enríquez, Carmen und Aguilar, Paloma (eds.): The Politics of Memory: Transitional Justice in Democratizing Societies, Oxford and New York: Oxford University Press, 119-160.

- Canuto, Luiz Cláudio 2011: Jurista: Brasil precisa cumprir decisão da OEA sobre a Guerrilha do Araguaia, <http://www2.camara.gov.br/agencia/noticias/DIREITOS-HUMANOS/199417-JURISTA-BRASIL-PRECISA-CUMPRIR-DECISAO-DA-OEA-SOBRE-A-GUERRILHA-DO-ARAGUAIA.html>, Stand: 30. Juni 2011.
- Carela, Ludmila D. S. 1998: Em nome da pacificação nacional: anistias, pontos finais e indultos no cone sul, in: D'Araújo, Maria Celina/Castro, Celso (eds.): Democracia e Forças Armadas no Cone Sul, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 293-313.
- Carela, Ludmila D. S. 2008: Violencia política y dictadura en Argentina: de memorias dominantes, subterráneas y denegadas, in: Fico, Carlos/Ferreira, M. de Morães/Araújo, Maria P./Quadrat, Samantha V. (eds.): Ditadura e democracia na América Latina: balanço histórico e perspectivas, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 179-200.
- Chade, J. 2010: Comissão da ONU critica decisão do STF sobre anistia, http://www.estadao.com.br/estadaodehoje/20100501/not_imp545550,0.php, Stand: 10. Juni 2010.
- Costa, Célia Maria Leite 2008: O direito à informação nos arquivos brasileiros, in: Fico, Carlos/Ferreira, M. de Morães/Araújo, Maria P./Quadrat, Samantha V. (eds.): Ditadura e democracia na América Latina: balanço histórico e perspectivas, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 17-27.
- Draibe, Sônia M. 1994: As políticas sociais do regime militar brasileiro: 1964-84, in: Soares, Gláucia A. D./Araújo, Maria C. de (eds.) 21 anos de regime militar balanços e perspectivas, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 271-307.
- Éboli, E. 2009: Decreto abre crise entre ministros, in: O Globo, 30. Dezember 2009, 4.
- Fico, Carlos 2004: Além do golpe: versões e controvérsias sobre 1964 e a ditadura militar, Rio de Janeiro und São Paulo: Record.
- Fico, Carlos/Ferreira, M. de Morães/Araújo, Maria P./Quadrat, Samantha V. (eds.) 2008: Ditadura e democracia na América Latina: balanço histórico e perspectivas, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas.
- Folha Online 2010a: Por 7 a 2, STF rejeita revisar lei da anistia para punir torturadores, <http://www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u728076.shtml>, Stand: 14. Juni 2010.
- Folha Online 2010b: OAB diz que STF 'perdeu o bonde da história', <http://www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/ult96u72798.shtml>, Stand: 14. Juni 2010.
- Fuchs, Ruth 2010: Umkämpfte Geschichte: Vergangenheitspolitik in Argentinien und Uruguay, Berlin: Hamburger Lateinamerikastudien, Bd. 2.
- Hagopian, F. 1993: Review: After Regime Change: Authoritarian Legacies, political Representation, and the Democratic Future of South America, in: World Politics, Vol. 45, No. 3, 464-500.
- Heinz, Wolfgang S. 2008: Wahrheitskommissionen in Lateinamerika, in: Hufschmid, Anne/Krämer, Michael/Gabbert, Karin (Hrsg.): Jahrbuch Lateinamerika 32 – Erinnerung Macht Gegenwart: Analysen und Berichte, Münster: Dampfboot, 51-65.
- Hochstetler, Kathryn 1997: Democratizing pressures from below? Social movements in new Brazilian democracy, in: Latin American Studies Association XX, Mexico 1997, 1-20.
- Hufschmid, Anne/Krämer, Michael/Gabbert, Karin (Hrsg.) 2008: Jahrbuch Lateinamerika 32 – Erinnerung Macht Gegenwart: Analysen und Berichte, Münster: Dampfboot.
- Jelin, Elizabeth 1994: The Politics of Memory: The Human Rights Movements and the Construction of Democracy in Argentina, in: Latin American Perspectives, Vol. 21, No. 2, 38-58.
- Jelin, Elizabeth 2008: La justicia después del juicio: legados y desafíos en la Argentina postdictatorial, in: Fico, Carlos/Ferreira, M. de Morães/Araújo, Maria P./Quadrat, Samantha V. (eds.): Ditadura

- e democracia na América Latina: balanço histórico e perspectivas, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas, 341-360.
- Jinkings, Daniella 2011: Projeto que cria a Comissão da Verdade pode ser votado hoje, <http://agenciabrasil.ebc.com.br/noticia/2011-09-21/projeto-que-cria-comissao-da-verdade-pode-ser-votado- hoje>, Stand: 21. September 2011.
- Kingstone, Peter R./Power, Timothy J. (eds.) 2000: Democratic Brazil: Actors, Institutions, and Processes, Pittsburgh: Pittsburgh University Press.
- Memórias Reveladas 2009, <http://www.memoriasreveladas.gov.br/cgi/cgilua.exe/sys/start.htm>, Stand: 30. September 2009.
- Montero, Alfred P. 2005: Brazilian Politics, Cambridge: Polity Press.
- Nossa, L. 2010: Ministros são chamados a explicar bate-boca e ameaças de demissão, In: O Estado de S. Paulo, http://www.estadao.com.br/estadaodehoje/20100112/not_imp494109,0.php, Stand: 20. Januar 2010.
- Lutz, Ellen/Sikkink, Kathryn 2001: The Justice Cascade: The Evolution and Impact of Foreign Human Rights Trials in Latin America, in: Chicago Journal of International Law, Vol. 2, 1-34.
- Payne, Leigh A. 2008: Unsettling Accounts: Neither Truth nor Reconciliation in Confessions of State Violence, Durham and London: Duke University Press.
- Pereira, Anthony W. 2005: Political (In)justice: Authoritarianism and the Rule of Law in Brazil, Chile, and Argentina, Pittsburgh: Pittsburgh University Press.
- Rolleberg, Denise 2009: História, memória e verdade: em busca do universo dos homens, in: Santos, C./Teles, Edson/Teles, Janaína: Desarquivando a ditadura: memória e justiça no Brasil, São Paulo: Aderaldo & Rothschild Editores, 569-577.
- Ruderer, Stephan 2010: Das Erbe Pinochets. Vergangenheitspolitik und Demokratisierung in Chile, 1990-2006, Göttingen: Wallstein Verlag.
- Santos, C. M./Teles, E./Teles, J. (eds.) 2009: Desarquivando a ditadura: memória e justiça no Brasil, Vol. 1-2, São Paulo: Aderaldo & Rothschild Editores.
- Schneider, Nina 2011a: Breaking the 'Silence' of the Military Regime: New Politics of Memory in Brazil, in: Bulletin of Latin American Research, Vol. 30, No. 2, 198-212.
- Schneider, Nina 2011b: The Supreme Court's recent Verdict on the Amnesty Law: Impunity in Post-authoritarian Brazil, in: European Review of Latin American and Caribbean Studies, No. 90, 39-54.
- Schneider, Nina 2011c: Truth no more? The Struggle over the National Truth Commission in Brazil, in: Iberoamericana, Vol. 42, 164-170.
- Schneider, Nina 2011d: Das Schlusslicht Lateinamerikas? Neueste Auseinandersetzungen über die Militärvergangenheit in Brasilien, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft – ZFG, Nr. 59 (2011), 641-653.
- Sikkink, Kathryn/Walling, Carrie Booth 2006: Argentina's contribution to global trends in transnational justice, in: Roht-Arriaza, Naomi/Mariezcurrena, Javier (eds.): Transitional Justice in the Twenty-First Century: Beyond Truth versus Justice, Cambridge: Cambridge University Press, 301-325.
- Sikkink, Kathryn/Walling, Carrie Booth 2007: The Impact of Human Rights Trials in Latin America, in: Journal of Peace Research, Vol. 44, 427-445.
- Smith, Anne-Marie 1997: A forced Agreement: Press Acquiescence to Censorship in Brazil, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Souza, J. D. 2009: Maioria absoluta acha que o país piorou, in: Folha de São Paulo, http://almanaque.folha.uol.com.br/ditadura_27mar1994_josias_de_souza.htm, Stand: 15. November 2009.

Sznajder, Mario/Roniger, Luis (eds.) 2007: Memoria abierta. Las democracias del cono sur, in: Stabili, Maria R. (ed.): Entre historias y memorias: los desafíos metodológicos del legado reciente de América Latina, Madrid: Iberoamericana, 159-198.
Teles, Edson 2009: Políticas do silêncio e interditos da memória na transição do consenso, in: Santos, C. M./Teles, E./Teles, J. 2009: Desarquivando a ditadura: memória e justiça no Brasil, Vol. 1-2, São Paulo: Aderaldo & Rothschild Editores, 578-592.

Für alle, die es wissen wollen.

Born to be wild?



»Lebe wild und gefährlich« – das war einmal. Unter dem Eindruck von prekären Arbeitsverhältnissen, Finanzkrise und Klimazerstörung wächst die Nachfrage nach Stabilität. polar 11 berichtet über die innere und äußere Sicherheit, über eine allgemeine Politik der Angst, über Casino-Kapitalismus, Sozialstaat – und den Stand der Freiheit.

2011. 192 Seiten
Einzelpreis: € 14,-
Abopreis: € 12,-

www.campus.de



campus

Frankfurt. New York

creasingly aimed at the protection of specific groups (women, indigenous, "traditional" populations, Afro-descendants, etc.) instead of referring to an abstract individual which was prevalent in the discourses and institutional formats adopted soon after World War II. This change of emphasis, which on the one hand makes human rights laws and policies sensitive to the specific needs of different groups, implies a series of dilemmas and new challenges on the other. This article discusses these risks, based on a case study on a sample of decisions of the Inter-American Court of Human Rights related to the Afro-descendants.

Nina Schneider: Brasilianische Wahrheitskommission nach zahlreichen Kompromissen endlich ratifiziert

Erst im September 2011 – 26 Jahre nach der formellen Rückkehr zur Demokratie – hat das brasilianische Parlament nach zähen Verhandlungen der Einrichtung einer Wahrheitskommission zugestimmt. Das nun verabschiedete Modell ist eine politisch entschärfte Kompromisslösung. Wichtige Forderungen von Opferfamilien und Menschenrechtsverbänden – insbesondere die Möglichkeit, Menschenrechtsverbrecher zu bestrafen – bleiben nicht nur unberücksichtigt, sondern eine erneute Debatte über die Einzelheiten der Wahrheitskommission wurde von der Rouseff-Regierung abgewürgt. Nach monatelanger Lobbyarbeit wurde das Gesetz im Eilverfahren durch das Parlament gejagt, um den schwer errungenen Konsens nicht zu gefährden. Dieser Artikel erklärt den Hintergrund der hart umkämpften Wahrheitskommission und stellt Hypothesen auf, warum sich Brasiliens Umgang mit der Militärvergangenheit so stark von dem seiner Nachbarländer unterscheidet. Angesichts der globalen Entwicklung für Menschenrechtsverbrechen Rechenschaft abzulegen (die sogenannte „justice cascade“), ist es erklärungsbedürftig, warum sich Brasilien diesem Trend so stark widersetzt. Die jüngst ratifizierte Wahrheitskommission, welche zwei Jahre lang Menschenrechtsverbre-

chen aufklären wird, könnte ein Wendepunkt in der Aufarbeitungsgeschichte Brasiliens werden. Allerdings deuten die kontroversen Debatten im Vorfeld der Ratifizierung bereits darauf hin, dass harte Auseinandersetzungen über die Militärvergangenheit bevorstehen.

Only in September 2011 – 26 years after the formal return to democracy – did the Brazilian parliament finally ratify the controversial law proposal for the installation of a Truth Commission. The version that has now been ratified is a compromise. The government's strategy to get the project officially approved involved taking a conciliatory approach, lobbying for a successful ratification of the law, speeding up the ratification process, and avoiding renewed debates. To the dismay of many families of victims, the government quelled any further controversies and many of the amendments demanded have not been met. This article considers the struggle over the Truth Commission within its historical context, and raises the question of why has post-authoritarian Brazil been so reluctant to rework its authoritarian past at a time when accountability for past human rights crimes has become a global practice ("justice cascade"). The recently ratified Truth Commission, which is going to investigate past human rights crimes for a period of two years, might still represent a landmark in the history of post-authoritarian Brazil. The controversies preceding the ratification, however, indicate that the struggles over the military past are likely to continue.

Pablo de Greiff: Some Thoughts on the Development and Present State of Transitional Justice

Der Beitrag beschreibt den erfolgreichen Werdegang der Idee und Praxis von Transitional Justice in den letzten drei Jahrzehnten und zeigt aktuelle Herausforderungen auf. Im Zentrum des Beitrages steht die Bemühung, ein normatives Konzept von Transitional Justice zu umreißen und zu verdeutlichen, wie ein solches Konzept dazu beitragen kann, den identifizierten Herausforderungen sinnvoll zu begegnen.

The paper offers an account of the successes of transitional justice in the last three decades, and describes some of the challenges that it faces at present. It concentrates its efforts on sketching a normative conception of transitional justice and on explaining how such a conception can help the field meet some of the challenges which it now confronts.

Veronika Haász: Die Nationalen Menschenrechtsinstitutionen als Grundsteine innerstaatlicher Rechtsschutzsysteme

Nationale Menschenrechtsinstitutionen sind in den letzten 20 Jahren weltweit entstanden. Die von den Vereinten Nationen im Jahre 1993 entwickelten Pariser Prinzipien legen Maßstäbe für die Gründung und Mandatierung der Einrichtungen fest. Gemäß dieser Prinzipien dienen die Institutionen der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte, besonders indem sie die zuständigen staatlichen Behörden beraten, Menschenrechtsverletzungen beheben, menschenrechtsrelevante Informationen verbreiten und die Öffentlichkeit über Menschenrechte unterrichten. Ihr breites Mandat und ihre Stellung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft sowie zwischen der nationalen und internationalen Ebene heben sie von den anderen staatlichen Akteuren ab. Der Beitrag legt dar, warum und inwiefern die Nationalen Menschenrechtsinstitutionen ein zentrales Element der innerstaatlichen Rechtsschutzsysteme darstellen.

National Human Rights Institutions have emerged worldwide in the last 20 years. The Paris Principles developed by the United Nations in 1993 set standards for the establishment and mandate of the institutions. Accordingly, these institutions play an important and constructive role for the promotion and protection of human rights, in particular in their advisory capacity to the competent authorities, in remedying human rights violations, in the dissemination of human rights information, and education in human rights. Their broad mandate and their position between the state and civil society

as well as the national and international level set them apart from other national actors. This paper points out why and in what extent the National Human Rights Institutions are central elements of national legal protection systems.

Armin Paasch: Menschenrechte in der EU-Handelspolitik – zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Das Völkerrecht und die EU-Verträge verpflichten die EU, auch in ihrer Handelspolitik die universellen Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Die im November 2010 veröffentlichte Handelsstrategie „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ trägt dieser Verpflichtung aber kaum Rechnung, sondern zielt einseitig auf eine Stärkung der Rechte europäischer Unternehmen ab. Der vorliegende Beitrag zeigt anhand dreier Beispiele auf, wie die Umsetzung dieser Strategie in bilateralen Handelsabkommen zu Verletzungen oder Gefährdungen des Menschenrechts auf Nahrung führen kann. Bestehende Menschenrechtsinstrumente der EU-Handelspolitik – Menschenrechtsklauseln in bilateralen Handelsabkommen sowie das Allgemeine Präferenzsystem plus – sind nicht geeignet, solche Menschenrechtsverletzungen durch Handelsabkommen zu verhindern. Der Autor empfiehlt daher die Einführung systematischer menschenrechtlicher Folgeanalysen sowohl ex ante als auch ex post sowie eine Umformulierung von Menschenrechtsklauseln, welche die Revision menschenrechtlich problematischer Bestimmungen in Handelsabkommen ermöglichen würde.

Inga Winkler: Die Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechte – Fortschritt oder Rückschritt im Bereich der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen

Der ehemalige Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs zum Thema Menschenrechte und transnationale Konzerne und andere Unternehmen, John Ruggie, hat im Juni 2011 im Menschenrechtsrat seine Leitprinzipien zu Wirtschaft und

AUTORINNEN UND AUTOREN

Helen Ahrens ist Juristin, Seniorfachkonzeptionistin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und leitet das Programm „Stärkung des Rechtsstaats“, Kolumbien, welches die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt.

Sonia Cardenas ist Charles A. Dana Forschungsprofessorin für Politische Wissenschaft und Direktorin des Human Rights Program am Trinity College in Connecticut, USA. Sie hat „Human Rights in Latin America: A Politics of Terror and Hope“ (University of Pennsylvania Press, 2010) verfasst.

Sérgio Costa ist Soziologieprofessor am Lateinamerika-Institut (LAI) der Freien Universität Berlin.

Pablo de Greiff ist Forschungsdirektor am International Center for Transitional Justice in New York.

Veronika Haász, Diplom-Juristin, promoviert zum Thema „Nationale Menschenrechtsinstitutionen“. In 2010-2011 hat sie ihre Recherche im Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin durchgeführt.

Guilherme Leite Gonçalves von der Getulio Vargas Foundation in Rio de Janeiro (Brasilien) forscht gegenwärtig als Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung an der Freien Universität Berlin.

Salomón Lerner Febres ist amtierender Direktor des Instituts für Demokratie und Menschenrechte der Katholischen Universität Lima. Von 2001 bis 2003 leitete der Philosoph die Kommission für Wahrheit und Versöhnung in Peru.

Marlene Montes de Sommer studierte Kommunikationswissenschaft (Licenciada, Lima) sowie Erziehungswissenschaft und Soziologie (Magister, Kassel). Sie promovierte im Fachbereich Philosophie (Kassel) und ist Dozentin im Fachbereich Hispanistik und Philosophie an der Universität Kassel.

Hollmann Morris ist kolumbianischer Journalist und Preisträger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2011. Er lebt mit seiner Familie

inzwischen in den USA, wo er ein Stipendium als Niemann Fellow an der Harvard University erhielt.

Dirk Niebel ist seit Oktober 2009 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von Mai 2005 bis Oktober 2009 war er Generalsekretär der FDP und seit 1988 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Armin Paasch ist Referent für Welthandel und Ernährung im Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR, Aachen.

Nina Schneider forschte am History Departement der University of Essex und ist seit kurzem wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrgebiet Neuere Europäische und Außereuropäische Geschichte der FernUniversität Hagen.

Rachel Sieder ist Forschungsprofessorin am Centro de Investigaciones y Estudios Superiores en Antropología Social (CIESAS) in Mexico-Stadt. Zugleich gehört sie dem Forschungsteam des Chr. Michelsen Institute in Bergen an und koordiniert das Projekt „Gender Justice in Contexts of Complex Legal Pluralism in Latin America“, finanziert durch den Norwegian Research Council.

María Teresa Sierra ist Forschungsprofessorin am Centro de Investigaciones y Estudios Superiores en Antropología Social (CIESAS) in Mexico-Stadt.

Inga Winkler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) und Lehrbeauftragte für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte an der Heinrich Heine Universität Düsseldorf.